



Aktuelles aus dem Landtag

Juni 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

die Landesregierung hat sich mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Abrechnung der Einheitslasten geeinigt. Durch die vereinbarte Neuregelung werden die Kommunen in NRW bei der Abrechnung der Jahre 2007 bis 2011 in diesem Jahr um rund 275 Millionen Euro entlastet. In den Folgejahren wird sich die Entlastung voraussichtlich zwischen 130 und 155 Millionen Euro pro Jahr bewegen.

Erneut hat die SPD-geführte Landesregierung ihre Kommunalfreundlichkeit unter Beweis gestellt und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden den Verfassungsbruch der Vorgängerregierung korrigiert. Schwarz-Gelb hatte Städte, Kreise und Gemeinden in NRW bei den Kosten der Deutschen Einheit unverhältnismäßig hoch zur Kasse gebeten.

Die Einigung ist nicht nur ein fairer Kompromiss, sondern führt auch in Zukunft zu einer tatsächlichen Entlastung für unsere Städte, Kreise und Gemeinden.

Viele Grüße

Euch schickt der Himmel: 72 Stunden-Aktion des BDKJ



Bei der bislang größten Jugendsozialaktion Deutschlands „Uns schickt der Himmel“ haben 175.000 Kinder und Jugendliche an 4.000 Orten in Deutschland die Welt ein Stück besser gemacht. Die 72-Stunden-Aktion hat erstmalig bundesweit stattgefunden und so viele Ehrenamtliche mobilisieren können wie nie zuvor. Allein in Nordrhein-Westfalen haben sich 1235 Aktionsgruppen mit rund 35.000 Aktiven engagiert. Um die Wette der Landtagspräsidentin zu gewinnen (72 Mitglieder des Landtags sollten in nur 72 Stunden Aktionsgruppen der Jugendsozialaktion „Uns schickt der Himmel“ besuchen), war unter anderem Thomas Kutschaty unterwegs und besuchte die Kinder und Jugendlichen aus der Gemeinde St. Ludgerus und Martin, die unter anderem bei einer Autowaschaktion Geld für die Flutopfer sammelten. Mehr...

Wahlversprechen zu Lasten Dritter

Die von Angela Merkel angekündigten Wahlgeschenke führen nach Berechnungen des Bundesfinanzministerium zu Mehrausgaben von 28,5 Mrd. Euro. Gegenfinanzierungsvorschläge: Fehlanzeige. Deshalb lässt sich an fünf Fingern abzählen, dass enorme zusätzliche Belastungen auf den NRW-Landeshaushalt zukommen würden. Allein die Erhöhung des Kinderfreibetrages für Besserverdienende würde ein Loch von über 700 Mio. Euro reißen. Die Kommunen in NRW müssten darüber hinaus Steuerausfälle von 250 Millionen Euro jährlich verkraften. Mehr...

Verfassungsschutzgesetz setzt Maßstäbe

Der Landtag hat das „Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes NRW“ verabschiedet. Ziel der Novelle ist es, das Vertrauen der Menschen in den Verfassungsschutz zurückzugewinnen. In den Punkten Transparenz und Kontrolle setzt NRW bundesweit Maßstäbe.

Die Novelle setzt dabei auf klare gesetzliche Vorgaben für den Einsatz von V-Leuten. Ein Verfassungsschutz kann als Frühwarnsystem auf den Einsatz von V-Leuten nicht generell verzichten. Doch hier war der Vertrauensverlust besonders groß, daraus hat die Landesregierung die entsprechenden Lehren gezogen. Als erstes Bundesland hat NRW gesetzlich geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine Vertrauensperson eingesetzt werden darf und wann die Zusammenarbeit mit ihr zu beenden ist.

Auch die parlamentarische Kontrolle wurde gestärkt. Denn nur ein Nachrichtendienst, der sich einer umfassenden Kontrolle stellt, kann im Gegenzug auch Akzeptanz erwarten. **Mehr...** 



Am 06. Juli (von 12 bis 18 Uhr) und am 07. Juli (von 11 bis 18 Uhr) lädt der Landtag Nordrhein-Westfalen interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Tag der offenen Tür nach Düsseldorf ein. Hier stellen sich die Abgeordneten, die Fraktionen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung den Fragen der Besucherinnen und Besucher mit einem bunten Programm rund um Kunst, Musik und Kultur. **Mehr...** 

Klicktipp: Der Landtag bei Youtube



Neue Impulse für den Opferschutz

Gemeinsam mit dem WEISSEN RING will die Landesregierung Opfer von Straftaten in Nordrhein-Westfalen noch besser unterstützen. Justizminister Thomas Kutschaty unterzeichnete dazu zusammen mit den beiden Landesverbänden des WEISSEN RINGS aus Nordrhein-Westfalen (NRW/Rheinland und NRW/Westfalen-Lippe) eine Vereinbarung, die die Kooperation weiter vertiefen soll. Ziel ist es, durch die verbesserte Zusammenarbeit den Opferschutz zu stärken. Kernpunkte der → Kooperationsvereinbarung zwischen dem WEISSEN RING und dem Justizministerium sind die Unterstützung der Opfer bei ihrer Vernehmung vor Gericht, verbesserte Informationen zum Täter-Opfer-Ausgleich, sowie die Koordination und gegenseitige Beteiligung bei Aus- und Fortbildung. Daneben wird die Landesregierung den WEISSEN RING bei den nordrhein-westfälischen Aktionstagen "pro Opfer" sowie in der Expertengruppe Opferschutz NRW aktiv beteiligen. **Mehr...** 